

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Hof. Ad. Schles. Hoflieferant,  
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,  
Ols. Niekisch, in Firma  
J. Henmann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:  
E. Joulane  
in Posen.

Nr. 155

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
samt Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

# Posener Zeitung

Reunundneunzigster Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Amoncon-Expeditionen  
Kad. Rose, Kasselstein & Vogler S. A.,  
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Berantwortlich für den  
Inseratentheil:  
J. Klugkist  
in Posen.

Mittwoch, 2. März.

1892

Inserate, die schmalgestaltete Beiträge oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erstausgabe für die  
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

184. Plenarsitzung vom 1. März, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Der Sitzung wohnt Prinz Heinrich in der Hofloge bei.

Die zweite Berathung des Marineetats (Extraordinarium) wird fortgeleitet mit der gestern abgebrochenen Debatte über die Forderung einer ersten Rate für die Kreuzerkorvette K.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Die freifinnigen Redner haben sich gestern in einen unlösbarer Widerspruch gesetzt. Währnd Herr Richter den Kreuzern eine nicht einmal sekundäre Bedeutung zugeschrieben wollte, hat Herr Rickert von dem Kreuzer „Alabama“ behauptet, daß er den ganzen nordamerikanischen Handel in Schreden verfehlt hat. Allerdings trifft der Vergleich nicht ganz zu. Denn der „Alabama“ befand sich einer nur schwachen Marine gegenüber und mußte schließlich doch die Flagge streichen. Bei uns wird es aber hauptsächlich darauf ankommen, nicht dem feindlichen Handel Schaden zuzufügen, sondern unseren Handel zu schützen.

Eine so scharfe Untercheidung zwischen einer offensiven und defensiven Marine läßt sich nicht machen; ein Küstenkrieg ist nicht möglich ohne gelegentlichen Vorstoß. Herr Richter hat es auch falsch dargestellt, daß unsere Marine nur der englischen und französischen nachstehe, und daß sie der russischen mindestens ebenbürtig sei. Das ist nicht der Fall. Ich gebe Herrn Richter zu, daß man auch seefahren kann und trotzdem von der Marine nichts zu wissen braucht. Aber man kann auch auf der See niemals gewesen sein und doch nichts von der Marine wissen.

Herr Richter thut so, als ob es sich hier nur um die tausend Arbeiter des Vulkan handelt; es haben doch von dem Bau der Korvette auch alle Arbeiter Vortheil, die das Rohmaterial zu beschaffen haben, und die sind nicht in Stettin konzentriert. Die Vermehrung der städtischen Bevölkerung und die Verminderung der ländlichen wollen wir nicht, aber die Herausziehung der Getreidezölle wird eine solche gewiß nicht hindern. Meine politischen Freunde werden in ihrer großen Mehrheit, ich glaube sogar alle, schon in zweiter Lesung für die Billigung der Kreuzerkorvette stimmen.

Abg. v. Vollmar (Soz.): Ich bin nur durch die Rede des Reichskanzlers veranlaßt, zu diesem Titel zu sprechen. Zweifellos ist, daß auch ohne diese Korvette bereits viel zu viel im diesjährigen Marineetat bewilligt ist. Es entstehen immer weitere Pläne, die sich in jedem Jahre wieder verändern. Bei Billigung des Nordostseetaals verprach man uns die Ersparnis einer ganzen Flotte, und jetzt hört man schon sprechen von einer Flotte zum Schutz des Kanals. Genau so war es mit Helgoland.

Zuerst sollte es uns Schiffe sparen und jetzt kostet es uns Millionen.

Vom Regierungsschreiber ist ja auch das unbewachte Wort von der Schlachtflotte ersten Ranges gefallen, die geschaffen werden müßte.

Wenn nun andere Parteien trotz aller Versprechungen bei den Wahlen dies Alles mitmachen wollen, so ist es um so mehr unsere Pflicht, den stärksten Widerstand zu leisten. Wie lange soll denn die Pumpwirtschaft fortgehen? Ein großer Theil der laufenden Ausgaben wird ja fortgesetzt auf den Pump angewiesen. Herr v. Bemmigen ist ja freilich mit dem Ausfall unserer letzten Anleihe zufrieden, indem er auf Rusland verwies. Sind wir schon so weit heruntergekommen, daß nur der Vergleich mit dem finanziell schlecht beleumundeten Staate uns trösten kann? Jede neue Anleihe, die wir machen, wird ein immer schlechteres Ergebnis haben und schließlich zum offenen oder schlechtesten Bankrott führen.

Die Kreuzer sollen notwendig sein zum Schutz des Handels. Die Ausdehnung des Handels kann nicht abhängig sein von der Anzahl der Schiffe und Kanonen in den einzelnen Häfen, sondern von der moralischen Machtstellung und der Beliebtheit des Landes. Die deutsche Handelsflotte hat ja einen außerordentlichen Aufschwung genommen, als wir noch keine nennenswerte Marine hatten. Frankreich mit seiner weit größeren Kriegsflotte hat einen nicht so ausgedehnten Handel wie Deutschland. Dieser Grund ist also nicht stichhaltig.

Der Reichskanzler hat uns nun einen ganz nagelneuen Grund für die Billigung angeführt. Es ist schon gestern darauf hingewiesen, wie eigentlich es ist, daß gerade jetzt erst der Regierung die Augen über den Notstand der Arbeiter aufgehen. Die Hunderttausende von Petitionen um Aufhebung der Getreidezölle hat sie nicht beachtet. Jetzt erst bringt der eine Brief des bewährten Arbeitervriendes Herrn v. Puttkamer diese Erleuchtung. Nebrigens — nebenbei bemerkt — hat auch die Stadt Berlin den Notstand offiziell abgelehnt. Es ist ja natürlich sehr bedauerlich für die arbeitslosen Arbeiter des Vulkan, aber wenn Sie das Vorhandensein der Not dieser Paar Hundert Arbeiter als genügend den Grund ansehen, um das Schiff zu billigen, welchen Weg gehen Sie dann? Ueber kurz oder lang wird die neue Gewehrfabrikation fertig sein, wird die neue Munition fertiggestellt sein, wollen Sie dann, nur um die Arbeiter nicht auf die Straße zu setzen, neue Gewehre, neue Kanonen weiter herstellen lassen? Der Kanonengigant Krupp kann dann mit demselben Recht kommen wie der Vulkan. Der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß der Vulkan keinen Rechtsanspruch hat. Nebrigens sieht das Gedenken eines Werkes wie der Vulkan in sehr indirektem Zusammenhang mit den Arbeitern, die Haupthache ist die Vermehrung der Überlebenden.

Die Regierung sollte ihre sozialpolitischen Studien über den Notstand weiter treiben und die einzige wirkliche Abhilfsmittel anwenden. Das Verhalten der Nationalliberalen darf ja nicht Wunder nehmen; ebensoviel das des Zentrums, obgleich dieses in seinem Wahlprogramm die allergrößte Sparsamkeit zu über versprochen. Aber bis zu den nächsten Wahlen ist es ja noch weit, jetzt machen Sie den Nationalliberalen den bekannten Sprung von der zweiten auf die dritte Lesung nach. Wir verlangen aber,

daß Sie die Gründe Ihres Verhaltens offen sagen, und sich nicht hinter diesem sozialpolitischen Vorwand decken, den Niemand im Hause ernst nimmt. Wir sehen es als unsere Pflicht an, entschiedenen Einspruch dagegen zu erheben, daß man jetzt die Not der Arbeiter als Vorwand benutzt zu militärischen Zwecken.

Abg. Dr. Barth (df.): Der Versuch des Freiherrn v. Stumm, einen Gegensatz zwischen den Abg. Richter und Rickert zu konstruieren, ist vollständig misslungen. Herr Richter hat allerdings

den Kreuzern für den Krieg nur eine tertiäre Bedeutung beige messen. Damit steht aber nicht in Widerspruch, daß der Kreuzer „Alabama“ dem nordamerikanischen Handel einen großen Schaden zugefügt hat. Er hat ja den Gang des Krieges in seiner Weise zu beeinflussen und zu ändern vermocht. Die Zerstörung von Privateigentum hat für die Entwicklung eines Krieges gar keine Bedeutung. Das ist auch im französischen Krieg nicht der Fall gewesen. Der Schaden, der dem deutschen Privateigentum während des Krieges zugefügt wurde, wurde eben nach Beendigung des Krieges in der Kriegsschädigung extra berechnet. Die Ausführungen der Abg. Richter und Rickert greifen also in einander und liefern zusammen den Beweis, daß die Grundanschauung des Abg. v. Stumm eine durchaus falsche ist. Am besten wäre es ja, wenn das Privateigentum auf See ebenso behandelt würde, wie das zu Lande. Daß einem Kreuzer auch durch eine starke Kriegs flotte nicht das Kaperhandwerk gelegt werden kann, hat ja das Beispiel des „Alabama“ bewiesen.

Abg. v. Vollmar hat es falsch dargestellt, daß die Stadt Berlin den Notstand nicht offiziell anerkannt hat. Es war nur eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie dem Notstand begegnet werden sollte. Wir erkennen den Notstand an, aber das Schiff deswegen bewilligen, das wäre ganz verfehlt. Herr v. Stumm hat wunderbare Weise das Heruntergehen der Getreidepreise verantwortlich gemacht für die Entwertung des platten Landes. Seit wann hat der Umfang der Getreideproduktion sich vermehrt durch Steigerung der Getreidepreise, und seit wann sich vermindert durch Heruntergehen der Preise? Auf den Arbeiter hat das gar keine Einwirkung, sondern nur auf den Grundbesitzer. Thatsache ist doch, daß die Getreidezölle eine fühlbare Belastung der Bevölkerung um 200 Millionen Mark darstellen, die sie sonst für andere Bedürfnisse hätten verwenden können, und die jetzt dienen zur Vergroßerung der Grundrente. Diese fassliche, verderbliche Geessegebung in Bezug auf die Getreidezölle ist wesentlich Schuldb an dem Notstande. (Große Unruhe rechts.) Und es wäre wirklich an der Zeit für den Reichskanzler, angesichts des Notstandes, den er jetzt selbst konstatiert hat, daran zu denken, ob nicht jetzt noch die Getreidezölle aufzuheben seien. (Lebhafte Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Graf Ballestrem (Br.): Dem Abg. v. Vollmar erwähne ich, daß ich bis jetzt noch nicht Gelegenheit gehabt habe, mit meinen politischen Freunden über die veränderte Sachlage zu sprechen. Die lachlichen Gründe für unsere Stellung werden wir in der dritten Berathung nicht vorenthalten, bis dahin wird Herr v. Vollmar seine Begründungen zügeln müssen.

Abg. Richter (df.): Abg. Hahn hat sich als Meister, Andere mißzuverstehen, bewährt. Er legt mir die Neuherierung in den Mund, die Privatwerften geben uns nichts an. Das ist vollkommen un wahr. Ich habe nur gesagt, die Privatwerften stehen hinter den kaiserlichen Werften in zweiter Reihe. Daß ich Interesse für die Privatwerften habe, dafür könnte der frühere Herr Kriegsminister Zeugnis ablegen. Die Behauptung halte ich aufrecht, daß die Marineverwaltung in erster Linie für die Beschäftigung der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zu sorgen hat.

Abg. Jebben (nl.): Meine gestrigen Ausführungen scheinen den Ton des Abg. Richter erregt zu haben, während er sonst doch einer Sache gern die heitere Seite abzugehen sucht. (Heiterkeit links.) Das Material, aus dem Herr Richter schöpft, steht auch mir zu Gebote, und daraus sehe ich, daß das Admiralschiff für unsere Kreuzerflotte, die „Leipzig“, durchaus einen Ertrag nötig hat, deshalb werde ich die Billigung eintragen lassen.

Abg. Hahn (kon.): Daß mir der Abg. Richter einen Sündenregister vorhalten würde, hatte ich erwartet. Die Neuherierung: „Die Privatwerften geben uns nichts an“, hat er zwar im Wortlaut nicht gebraucht, aber jeder unbefangene Zuhörer mußte den Eindruck haben, daß er das gemeint hat. Auf die Neuherungen des Abg. Barth über die Getreidezölle, auf diese schon duzendmal widerlegten Übertriebungen einzugehen, verlige ich mir.

Abg. v. Vollmar (Soz.): Die Zeit ist lange vorbei, wo ich einen Appel an das Zentrum richten möchte. Ich habe nur auf die veränderte Stellung des Zentrums hingewiesen. Wizbegierig auf die Haltung des Zentrums braucht man bei der neuen Ära und dem Schulgefegentour nicht zu sein.

Abg. Richter (df.): Auf die Ausführungen über die Getreidezölle nichts zu erwiedern, weil sie duzendmal widerlegte Übertriebungen seien, ist jedenfalls sehr bequem. Ich konstatire, daß von der rechten Seite Herr v. Stumm gestern und auch heute wieder die Frage der Getreidezölle mit diesem Titel in Verbindung gebracht hat. Wenn es auch bei den Haaren herbeigezogen ist, so können Sie uns gar keinen angenehmeren Anlaß bieten, als auf diese Weise die Frage der Getreidezölle immer wieder zu parlamentarischen Diskussionen zu ziehen. (Beifall links.) Herr Hahn mag sich also mit seinem Kollegen Stumm auseinandersetzen. Den Ausschaffungen des Herrn Jebben ist es in der That am besten, die heitere Seite abzugehen, die sie in Wahrheit haben. Auch heute wieder hat er von einem alten Kasten gesprochen, der „Leipzig“, die gerade die älteste der Kreuzerfregatten ist. Herr v. Stumm erklärte neulich, nur von Sachen zu sprechen, die er speziell kenne; da er von der Marine nichts verstehe, so spreche er darüber generell. Heute hat Herr v. Stumm über Marinesfragen, was ich ja anerkenne, nicht generell gesprochen, sondern zunächst speziell. Er hat sich also offenbar Mühe gegeben, in den 48 Stunden sich damit abzugeben. (Heiterkeit links.) Wie wenig es ihm aber gelungen ist, das beweist die Leichtigkeit, mit der Herr Barth alles, was er angeführt, widerlegen konnte. Nein, 48 Stunden reichen für uns halt nicht aus! Da muß Freiherr v. Stumm die Sache künftig schon stetig so behandeln, wie Sie es jetzt thun. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stumm: Ich habe die Getreidezölle in die Diskussion nicht hineingebracht, sondern heute davon geprahlt, nachdem es Abg. Richter gestern gethan hat. (Widerspruch links.) Herr Barth zu antworten, ist für mich nicht nötig, weil die Sache schon duzend Male widerlegt ist. Im französischen Kriege konnte der deutsche Handel deshalb entshädigt werden, weil Frankreich so niedergeworfen wurde, daß es auf jede Entshädigung eingehen mußte. Das ist aber nicht in jedem Kriege der Fall. Auch ich wünsche, daß das Privateigentum zur See international ebenso

beschützt wird wie das zu Lande. Solange das aber nicht geschieht, sind wir verpflichtet, doppelt darauf zu achten, daß unser Handel nicht geschädigt wird.

Abg. Dr. Barth (df.): Im amerikanischen Sezessionskrieg ist das Privateigentum der Nordstaaten allerdings geschädigt worden; auf die Entscheidung des Krieges hat das aber gar keinen Einfluß gehabt. Wenn dann gelingt es, gegen die Getreidezölle werden immer wieder die schon ein duzend Mal widerlegten Argumente vorgebracht, nun, Sie haben sich immer noch nicht zu der Objektivität aufschwingen können, die Argumente der Gegner richtig zu würdigen. Bisher haben Sie unsere Ansichten in keinem Punkte erschüttern können. (Bustimme links.) Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Perjöglich verwarf sich

Abg. Graf Ballestrem (Br.) gegen die Annahme des Abg. Vollmar, daß er oder seine Partei sich durch die Rücksicht auf das Volkschulgesetz in ihren Abstimmungen im Reichstage beeinflussen ließen; sie ließen sich nur durch sachliche Erwägungen leiten.

Hierauf wird die erste Rate für die Kreuzerkorvette K gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und der National liberalen abgelehnt, desgleichen die ersten Raten für ein Panzerfahrzeug W. Kreuzer F und Aviso H.

Bei Titel: Vorarbeiten für den Neubau von Schiffen führt

Staatssekretär Hollmann in Erwiderung auf den Abg. Richter aus, daß die Marineverwaltung in allerster Reihe auf den kaiserlichen Werften bauen lasse, und dann erst auf den Privatwerften. Die Marineverwaltung werde versuchen, der Werft Danzig ein Panzerfahrzeug zuzuweisen, es werde aber dort nur halb fertiggestellt werden können, da die dortige Werft nicht genügend ausgerüstet sei. Das werde allerdings Kosten und Unzulänglichkeiten verursachen. Die Privatwerften müßten aber unter allen Umständen zu Hilfe herangezogen werden, und deshalb müsse die Haltung des Abg. Richter Erstaunen hervorrufen, Millionen flößen dadurch in das Land. Die Privatwerften, die früher ihre Beziehungen im Ausland gemacht hatten, seien durch die Marineverwaltung gezwungen worden, sich an die inländische Industrie zu wenden.

Abg. Richter: Die jetzigen Ausführungen des Staatssekretärs bestätigen lediglich meine früheren Ausführungen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels mit den von der Kommission beantragten Abstrichen (Artilleristische Armerungen der abgelehnten Schiffe).

Im Kap. 13, außerordentlicher Etat des Extraordinariums beantragt die Kommission die Streichung des Titels 9: 1300000 M. (1 Baurate für 2 große Trockendocks auf der Werft zu Kiel).

Ein Antrag Graf Behr (Rp.), v. Henk (l.) will 940000 M. als Grunderwerbsrate bewilligen.

Abg. Hahn (l.) beantragt die Zurückverweisung dieses Titels mit dem Antrag Graf Behr an die Kommission. Die Ablehnung in der Kommission sei erfolgt, weil die vollständigen Kostenansätze noch nicht vorgelegen hätten.

Staatssekretär Hollmann befürwortet die Forderung. Die geforderten Docks seien für den Fall eines Krieges unentbehrlich, da die beiden vorhandenen Docks in Kiel in keiner Weise für Reparaturen ausreichen. Eine Aufschließung des Baues würde der Reichsfaßte nicht fördern, da die Spekulation sich der Sache bemächtigen und der Bauplatz ungeheuer im Preis steigen würde. Deshalb solle das Haus wenigstens die Rate für Grunderwerb bewilligen.

Abg. Dr. v. Bemmigen (nl.) erklärt, seine Partei sei nicht in der Lage, die Forderung jetzt zu bewilligen, ist aber bereit, nochmals in der Kommission zu erwägen, ob nicht mit Rücksicht auf die steigenden Grundstückspreise sich ein zeitiger Grunderwerb empfehlen.

Abg. Richter (df.) verweist darauf, daß der Kommissionsbeschluß einstimmig gefaßt sei. Welch ein neues Moment sei denn hinzugekommen, in diesem Stadium der Verhandlung diese Sache noch einmal an die Budgetkommission? Wie könne diese wissen, ob im nächsten Jahre der Grunderwerb kostspieliger sein werde. Das Plenum möge heute oder morgen darüber entscheiden, aber nicht die Kommission damit infommodiren. Wenn aber ein Moment vorhanden sei, den Preis für den Grund und Boden dort in die Höhe zu treiben, so sei es allein die Art und Weise der heutigen Behandlung. Dergleichen müsse im Geheimen verhandelt werden. (Sehr richtig! Links.) Er erkläre aber hier öffentlich, daß es noch in keiner Weise feststehe, daß die Majorität des Hauses sich für die Trockendocks entscheide, deshalb mögen die Herren Spekulanten in Kiel etwas vorsichtig sein.

Staatssekretär Hollmann erklärt, aus dem vom Abg. Richter vorgebrachten Grunde, die Mittheilung, die er zu machen habe, sich für die nochmalige Kommissionsberatung vorbehalten zu wollen.

Abg. Graf Arnim (l.) hält die Notwendigkeit einer Bewilligung der Grunderwerbsrate bereits jetzt für nachgewiesen. In 6 bis 8 Jahren würde der Grunderwerb um das Zehnfache steigen.

Abg. Sänel (df.) betont aus eigener Kenntnis der Sachlage, daß die Preisgestaltung in der Gegend, um die es sich hier handelt, ausschließlich in der Hand der Marineverwaltung liege; diese Seite des Hafens bleibe von der Spekulation vollkommen unberührt. Für eine Zurückverweisung an die Kommission sehe er keine Notwendigkeit ein. Falls sie aber beschlossen werde, so verlange er, daß die Marineverwaltung auch überhaupt ihr Verhältnis zu der Kommune Kiel und den benachbarten kleinen Kommunen klarlege. Die Vereinigung dieser kleinen Kommunen mit der Stadt Kiel sei in Folge der bisherigen Haltung der Marineverwaltung unmöglich gewesen.

Abg. Frhr. v. Stumm: Ich habe die Getreidezölle in die Diskussion nicht hineingebracht, sondern heute davon geprahlt, nachdem es Abg. Richter gestern gethan hat. (Widerspruch links.) Herr Barth zu antworten, ist für mich nicht nötig, weil die Sache schon duzend Male widerlegt ist. Im französischen Kriege konnte der deutsche Handel deshalb entshädigt werden, weil Frankreich so niedergeworfen wurde, daß es auf jede Entshädigung eingehen mußte. Das ist aber nicht in jedem Kriege der Fall. Auch ich wünsche, daß das Privateigentum zur See international ebenso

Geh. Rath Blauth bestreitet, daß es sich allein um die Grundbesitzverhältnisse dieses des Hafens handle. Ein Theil des für die Docks nötigen Grund und Boden sei bereits für ein Vergnügen

gungsetablissemont bestimmt gewesen; die Vorarbeiten zu dem Bau desselben hätten bereits begonnen, und nur durch die feste Zusicherung, daß er vortheilhafter an die Marineverwaltung verlaufen könne, habe der Besitzer den Bau eingetellt. Der Besitzer habe erklärt, daß sein Projekt eine große Zukunft habe. Zu welchem Preise der Grund und Boden im nächsten Jahre zu haben sein werde, lasse sich nicht absehen.

Abg. **Tebzen** (nl.) ist der Ansicht, daß der Bau der Docks überhaupt noch keine solche Eile habe, und eine genauere Prüfung wünschenswerth sei.

Der Titel wird hierauf unter Ablehnung des Antrages auf Zurückweisung und auf theilweise Bewilligung nach dem Kommissionsantrage abgelehnt; ebenso eine Forderung von 202 000 M. zum Bau von Wohnungen für Werftarbeiter in Kiel und eine erste Rate für einen Leitdamm auf dem Schwinzrücken bei Wilhelmshafen.

Damit ist die zweite Berathung des Marineetats erledigt.

Hierauf wird die zweite Berathung des Telegraphengesetzes fortgesetzt mit der Abstimmung über § 7a (Beschränkung der Anlage elektrischer Leitungen) und die dazu gestellten Anträge. Zunächst wird der Antrag Lieber-Spahn (Einführung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt als Spruchbehörde bei Streitigkeiten) abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Antrag Dr. v. Bar (df.) (Selbstschutzzwang) bezweifelt Abg. Dr. Dohrn (df.) die Zweckmäßigkeit des Hauses. Da das Bureau diesem Zweck gegenüber nicht einig ist, findet Namensaufruf statt, der die Anwesenheit von 188 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Initiativanträge, Petitionen, darunter betreffend Haushandel.

Schluß 4½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 1. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

Die zweite Etatsberathung wird fortgesetzt beim **Estat des Handelsministeriums**, Kap. "Gewerbliches Unter richtswesen."

Abg. **Schmidt** (Elberfeld df.) beklagt es, daß für Fortbildungsschulen nicht mehr in diesem Etat ausgeworfen ist als in früheren Jahren. Die Fortbildungsschulen kommen hauptsächlich den Handwerkern zu gute und nutzen diesen mehr als Besichtigungsnachweis und ähnliche Bestrebungen. Die Konsequenz der Ansichten der Rechten geht dahin, die Gewerbefreiheit von 1869 aufzuheben und die Zwangsinningen wieder einzuführen. Wer die Verhältnisse vor 1869 gekannt hat, weiß, daß die Zwangsinningen vor 1869 zur reinen Farce herabgesunken waren, und daß unerträgliche Zustände damals bestanden. Die Zwangsinningen haben dem Handwerker nur geschadet, und wenn von Herrn v. Buttkamer gegen die Regierung polemisiert worden ist, weil sie den Innungsbefreiungen gegenüber sich nicht entgegenstellt genug zeige, so hat er in exzessiver Weise gegen die Regierung genörgelt. Dabei ist seine Polemik mit dem Betreiben verbunden gewesen, andere Parteien in einer Weise herabzuzeigen, wie es am anderen Ende der Leipziger Straße nicht mehr Sitte ist. Das würde Herr v. Buttkamer wissen, wenn er es nicht vorgezogen hätte, den Staub des Reichstages von seinen Pantoffeln zu schütteln. Herr v. Buttkamer hat auch gegen die Industrie polemisiert, die Schundware produzierte. Der Herr scheint seine Anschaubungen über die Industrie aus der Besichtigung der Läden der Leipziger Straße geschöpft zu haben. Die Zeit, wo für die deutsche Industrie das "billig und schlecht" galt, ist vorbei. Die billige und schlechte Arbeit war vielfach bedingt dadurch, daß die reichen Leute ihre Einfäuse in Luxusartikeln in Paris und London machten. Es liegt aber nicht im Interesse des Handwerks, einen solchen Gegensatz zwischen diesem und der Industrie scharf zu betonen. Das kann dem Handwerk nichts nützen. Ich möchte den Minister bitten, anzugeben, wie groß die Mittel sind, welche für Fortbildungsschulen überhaupt ausgegeben werden, und wie sich die Unterstützungen auf die einzelnen Provinzen und Fortbildungsschulen verteilen.

Unterstaatssekretär **Magdeburg**: Alle im Etat für die Fortbildungsschulen bewilligten Mittel sind voll und ganz bis zur Erfüllung der Fonds verwendet worden. Die vom Vorredner gewünschte Uebersicht bin ich nicht vorzulegen im Stande. Die vorjährige Denkschrift gibt aber wohl einen Anhaltspunkt für die Beurteilung der Ausgaben auf die einzelnen Provinzen.

Abg. **Schmidt** (Elberfeld) bringt sodann die Anstellungsverhältnisse der Fachschullehrer zur Sprache. Es sei erfreulich, daß die Kommission den Standpunkt der Denkschrift vom vorigen Jahre verlassen habe, welche den Fachschullehrern nicht Pensionsberechtigung geben wollte. Er hoffe, daß die Regierung nunmehr auch anderen Sinnes werde. Für die Fachschulen gute Lehrkräfte zu erhalten, sei nur möglich, wenn man den Lehrern eine feste Anstellung nach kurzer Lehrhaftigkeit in Aussicht stelle.

Abg. **Pleß** (Btr.) glaubt nicht, daß die Hebung des Fortbildungsschulbeses allein im Stande sei, den Rücken des Handwerkstandes aufzuhalten. Dieser Rücken werde vielmehr durch das fortwährende Ansteigen der großen Vermögen bedingt.

Abg. **Conrad** (Flatow, kons.) bittet um Verleihung der Pensionsberechtigung an die Lehrer der Baugewerbeschulen. Es würde sich empfehlen, daß der Staat die persönlichen Kosten der Baugewerbeschulen (Lehrergehalter etc.) bestritte, während die Städte die sächlichen Ausgaben übernehmen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Lotchinus** (lib.) erwidert Geh. Rath v. **Wendt**, daß die Regierung sich die Förderung der Schiffahrtschulen angelegen seien lasse, daß aber die Frage der Vorbildung für die Aufnahme in derartige Schulen Schwierigkeiten biete. Es bestelle die Absicht, in einigen rheinischen Städten Stromschiiffahrtsschulen zu errichten.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums sowie des Extraordinariums mit einem Abstrich von 150 000 Mark als erste Rate zur Errichtung eines Dienstwohngebäudes für den Handelsminister.

Es folgt die Berathung des Etats der Anstiedlungskommission in Verbindung mit der Denkschrift über die Ausführung der Anstiedlungsversuche.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) erklärt, daß er nach wie vor gegen die Bewilligung der Ausgaben dieses Etats stimmen werde. Es sei schwer, angesichts der jährlich wiederkehrenden Forderungen für die Aufrechterhaltung eines ungerechten Ausnahmegesetzes ruhiges Blut zu bewahren. Die Denkschrift über die Anstiedlungsversuche zeige, daß die Erfolge garnicht den großen Opfern entsprechen. Die polnische Bevölkerung habe gar keine Veranlassung zu einem solchen Gesetz gegeben. Es haben so viele Gesetze im Laufe der Zeit Re medien erfahren, daß dieses Anstiedlungsgesetz in der heutigen Zeit erst recht bestellt werden müsse.

Abg. **Auebel** (nl.) führt demgegenüber aus, daß die national-liberale Partei nach wie vor das Gesetz als ein nothwendiges und richtiges anerkenne und hoffe, die Regierung werde es auch weiterhin in energetischer Weise zur Ausführung bringen. Redner bemängelt sodann die Art der Rechnungslegung in der Denkschrift, aus welcher im einzelnen die wirtschaftlichen Ergebnisse nicht klar hervortreten. Ein Nebenstand sei es auch, daß die Meliorationen erst voll aus-

geführt werden, bevor das Gut dem Anstiedler übergeben werde. Dadurch gebe viel Zeit verloren, und der Anstiedler habe davon mehr Nachteil als Vorteil. Die Regierung werde ferner darauf dringen müssen, daß der Anstiedler Buch führe, damit die Werthe steigerung des Gutes jedes Jahr genau ersichtlich sei.

Abg. **Sombart** (nl.) bemängelt, daß die Landmesser in dem Etat der Anstiedlungskommission zu den Subalternbeamten gerechnet werden, während sie doch zu den höheren Beamten gehören. Der große Verwaltungsapparat steht in seinem Verhältnis zu den Leistungen der Anstiedlungskommission, und der Grund hierfür liege in den zu großen Güterankäufen.

Abg. Dr. **Seelig** (df.): Wir stehen auch heute auf dem Standpunkt, daß das Anstiedlungsgesetz der Verfassung widerspricht, welche die Gleichheit aller Staatsbürger proklamirt. Die Anstiedlungskommission kann nicht größere Erfolge erzielen, erstens, weil sie zu hohe Preise für die Güter zahlt, und sodann, weil sie höhere Ansprüche an die Anstiedler stellt, als irgend ein Privatmann. Nach meinen Erfahrungen machen die Verhältnisse der Anstiedler in Polen allerdings einen überaus erfreulichen Eindruck, und ich muß auch anerkennen, daß der ganze Plan mit Umsicht und Verständnis von der Kommission ausgeführt wird. Die landwirtschaftlichen Güter sind durch schlechte Wirtschaftsführung deterioriert worden, daß die Anstiedlungskommission bei der Interimsbewirtschaftung der angekauften Güter keinen Überblick erzielen kann. Man muß also Geduld haben. Der eifrigste Wettbewerb unter den Anstiedlern wird für jene Gegenden einen landwirtschaftlichen Fortschritt bringen. Trotzdem die Tätigkeit der Anstiedlungskommission in wirtschaftlicher Beziehung günstig wirkt, so muß doch der Umstand Bedenken erregen, daß man die polnische Tagelöhnerbevölkerung durch das Gesetz aus dem Lande drängt und so das Uebel der Auswanderung noch künstlich vermehrt. Das finanzielle Resultat wird durch die hohen Verwaltungskosten verursacht. Um diese zu vermindern, möge man in nächster Zeit mit den Güterankäufen nicht so rasch vorgehen. Wenn wir also in politischer Beziehung das Gesetz verwirren, so müssen wir doch in wirtschaftlicher Beziehung keine bisherigen günstigen Wirkungen anerkennen.

Landwirtschaftsminister **v. Heyden** spricht seine Freude über die anerkennenden Worte des Redners aus. Das Gesetz sei nicht erlassen worden, um die Polen zu vernichten, sondern um das Deutschtum zu stärken. Den Wünschen der einzelnen Redner werde die Regierung nachzukommen suchen, wobei es aber kaum durchführbar sein würde, die Rechnungslegung durchsichtiger zu gestalten. Das Beamtenpersonal sei jetzt deswegen so groß, weil man in diesem Jahre in verstärktem Maße mit neuen Anstiedlungen vorgehen müsse. Eine vermehrte Auswanderung habe das Gesetz nicht zur Folge.

Abg. **Seer** (nl.) weist auf die blühenden durch die Anstiedlung geschaffenen Kolonien hin, welche ein lebendiges Zeichen deutscher Kultur seien und beweisen, wie günstig das Gesetz gewirkt habe.

Abg. **v. Czarlinski** wiederholt seine früheren Vorwürfe. Das Gesetz sei eine Ungerechtigkeit.

Abg. **v. Buttkamer** (Plauth, kons.): Ich wünsche das Gesetz so bald als möglich besiegelt zu sehen, da gerade meine Heimatprovinz unter dem Kampf und dem Dualismus der beiden Nationalitäten am meisten leidet. Wir müssen zu einem ehrlichen und offenen Frieden kommen. Leider aber sind wir wieder in eine schwankende Politik dem Polonismus gegenüber eingetreten; eine Politik, die uns so sehr geschadet hat. Ich bedauere diese schwankende Politik. Die Polen haben in letzter Zeit so viele Seiten loyaler Gefinnung gegeben, daß wohl eine Verständigung möglich ist. Allerdings muß man den Polen den Vorwurf machen, daß sie den Kampf selbst herausbeschworen haben durch die völlige soziale Absonderung zwischen beiden Nationalitäten. Die Polen vermeiden jeden Verführungs punkt mit den Deutschen. Sie treten nicht in den Staatsdienst und in die Armee ein. Wenn sie den Frieden wollen, werden sie auch diese Eigenschaften ablegen müssen. Wenn die Besiedelung der angekauften Güter nicht so schnell geht, so liegt das daran, daß zu hohe Ansprüche an die Anstiedler gestellt werden. Der Staat darf nicht darauf ängstlich sehen, daß seine Gelder vergründen werden, wenn es sich um einen nationalen Zweck handelt. Sodann möchte ich im Interesse der Selbsthaftmachung von Arbeitern bitten, die Anstiedlungsstellen zu verkleinern, damit auch weniger bemittelte Personen sich ein kleines Bistum erwerben können.

Abg. **v. Czarlinski** führt die Absonderung der Polen von den Deutschen auf die Abneigung der letzteren zurück und auf den Widerwillen der Deutschen, das Politische zu erlernen.

Landwirtschaftsminister **v. Heyden**: Die Beweise für eine schwankende Haltung der Regierung dem Polonismus gegenüber hat Herr v. Buttkamer nicht erbracht, er ist auch nicht gerechtfertigt. Wenn das Anstiedlungsgesetz so langsam geht, so liegt das an der Schwierigkeit, Personen aus dem Westen nach dem Osten heranzuziehen. Es kommt nicht in erster Linie darauf an, Arbeiter anzustiedeln, sondern leistungsfähige Bauern, denn nur wo ein leistungsfähiger Bauernstand herrscht, gibt es auch genügend Arbeitsgelegenheit.

Der Etat wird bewilligt und die Denkschrift durch diese Be schlussschrift für erledigt erklärt.

Das Haus verträgt sich darauf auf Mittwoch 12 Uhr. (Polizeikostengesetz, kleinere Vorlagen.)

Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 1. März. Im Reichstage wurde heute die naturgemäß unfruchtbare Debatte über die Frage der Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung durch öffentliche Bauten fortgesetzt. Daß dabei nichts Besonderes herauskommen konnte, versteht sich von selbst. Da die Sozialdemokraten sich zu dieser Sache in irgend einer Weise äußern mußten, so sagte auch Herr v. Vollmar Einiges, was die Partei aber schwerlich als erschöpfend wird annehmen wollen. Am Bundesrothstheile verhielt man sich still. Jedes weitere Wort von dieser Seite her wäre entweder zu viel oder zu wenig gewesen. Schweigen war also in der That das Beste. Daß der Reichstag die geforderten Summen für die 4 Panzerschiffe strich, beweist nach der gestrigen Rede des Grafen Bassestreit bekanntlich noch nicht, daß es bei diesem Beschlusse in dritter Lesung bleiben wird. Mindestens diejenige der 4 Korvetten, für die Graf Caprivi die Arbeitslosigkeit ins Feld führte, wird nachträglich bewilligt werden. — Das Abgeordnetenhaus unterhielt sich heute eine geraume Zeit über Fortbildungs- und Fachschulen. Selbstverständlich wurden die betreffenden Etatspositionen einstimmig bewilligt, und eigentlich selbstverständlich ist auch, daß so gut wie alle Redner bei dieser Gelegenheit Wünsche nach Erhöhung der betreffenden Etatsposten vorbrachten. Wie üblich sagte der Regierungskommissar möglichste Berücksichtigung der geäußerten Wünsche zu. Man kennt das aber schon; es bleibt zuletzt doch Alles beim Alten, und die Regierung, die für alle möglichen Zwecke Geld zur Verfügung hat und beansprucht, wird

zurückhaltend über alle Maßen, wenn es sich um Bildungs- und Kulturzwecke der geschilderten Art handelt. Die Berhandlung über den Etat der Anstiedlungskommission für Polen und Westpreußen nahm nur vorübergehend einen politischen Aufschwung und hielt sich zumeist in den Grenzen strengster Sachlichkeit, was der Frage selber jedenfalls bestens zu Gute kommen müste. Es ist erfreulich, daß unter den Rednern aller Parteien, die heute zum Worte kamen, den polnischen Abgeordneten v. Czarlinski natürlich ausgeschlossen, Uebereinstimmung darüber herrschte, daß das Anstiedlungsgesetz vortrefflich gedeiht. Besonders der Abgeordnete Seelig erkannte das Gleisteite bereitwillig an. Ein so ausgezeichnete Kenner der einschlägigen Verhältnisse wie der national-liberale Abg. Sombart allerdings hatte denn doch Ausstellungen sachlicher Natur zu machen wie z. B. die, daß das Beamtenpersonal zu groß sei, daß die Anstiedlungen zu weit auseinander liegen, und daß die Tagelöhner auf den ehemaligen Gütern durch die Parzellierung zur Auswanderung gezwungen worden seien. Diese letztere Thatache wurde auch von den übrigen Rednern bemängelt, merkwürdiger Weise aber gerade vom Minister für Landwirtschaft bestritten. Herr v. Heyden erklärte, daß die Tagelöhner an Ort und Stelle bleiben, und daß von einer Auswanderung nicht die Rede sein könne. Man sollte meinen, daß ein so einfacher Thatbestand überhaupt nicht Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten sein kann. Was die Klagen des Abg. v. Czarlinski betrifft, so brachten sie weder nach Form noch nach Inhalt etwas Anderes als das längst Bekannte.

— Ist die Unzufriedenheit eine künstliche? Als Beitrag zur Beantwortung dieser Zeit- und Streitfrage diene Folgendes: Das königl. Konsistorium der Provinz Schlesien hatte im vorigen Jahre den Kreissynoden eine Vorlage verschiedener Fragen über Umfang, Ursache und Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung gemacht. In dem auf Grund der eingegangenen Berichte erstatteten Bescheid heißt es nun, wie die freisinnervative "Post" berichtet, u. a.:

Alle Kreissynoden stimmen wesentlich darin überein, daß fast alleroorten in Stadt und Land eine bedenkliche Unzufriedenheit weit verbreitet sei, und daß der Wunsch und das Begehr, es müsse in den sozialen Verhältnissen vieles anders und besser werden, weit in die Gemüther hineinreiche. Wenn freilich die Lohnverhältnisse in einigen Gegenden derartig sind, daß auch die angestrebte Arbeit nicht völlig im Stande ist, die unentbehrlichen Lebensbedürfnisse zu erwerben; wenn vielfach die Arbeitsverhältnisse so gestaltet sind, daß den Eltern eine einigermaßen genügende Pflege und Beaufsichtigung der Kinder unmöglich wird; wenn die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung ein gedeihliches Familienselbstleben nicht zulassen und die nothwendige Erholung, namentlich die Sonntagsruhe entbehrt wird, so erscheint eine Unzufriedenheit erklärlich. Verschärft mag sie oftmas durch werden, daß manche der Bevölkerung, statt sich als verantwortliche Haushalter zu wissen, den Besitz nur ansehen als Mittel zu üppigem und zügellosem Leben und in der Arbeit und dem Arbeiter nur das Werkzeug zur Beschaffung jener Mittel erblicken. Da kann Misshandlung, Neld und Riß nicht ausbleiben, und aus vielen Syndikalverhandlungen tönt uns die Klage entgegen, daß dieser Riß gefährlich zu werden beginne.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 1. März. [Der Gesetzentwurf gegen die Unzufriedenheit.] Die gesetzgeberischen Vorschläge, die durch den an die Berhandlungen des Prozesses Heine anknüpfenden, im "Reichsanzeiger" veröffentlichten Erlass des Kaisers an das Staatsministerium vom 22. Oktober 1891 angeregt worden, sind nunmehr dem Reichstage zugegangen. Wie in der Begründung bemerkt wird, soll das Gesetz zunächst dem Unwesen der sogenannten Zuhälter, dessen Umfang und Gemeingefährlichkeit in dem bezeichneten Prozeß besonders auffällig geworden sei, entgegenarbeiten. Zu diesem Zwecke ist eine verschärfung der sog. Kuppeleiparagraphen (§§ 180 und 181 des St.-G.-V.) in Vorschlag gebracht, einmal, indem das Minimum der Gefängnisstrafe in § 180 auf einen Monat festgelegt und in § 180 sowohl wie in § 181 neben der Verurtheilung zu Gefängnis bez. Zuchthaus eine Geldstrafe von 150 bis 6000 M. zugelassen wird. Von großer Bedeutung ist der vorgeschlagene Zusatz zu § 180, der folgende Fassung haben soll: Die Vermietung von Wohnungen an Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, bleibt straflos, wenn sie unter Beobachtung der hierüber erlassenen polizeilichen Vorschriften erfolgt. Damit ist der durch das Reichsgericht aufgestellte Grundatz befeitigt, daß das Vermieten von Wohnungen an Prostituierte aus § 180 strafbar ist, selbst wenn die Vermietung mit Genehmigung der Polizeibehörde erfolgt und kein anderer Vorteil, als der an sich angemessene Mietzins vorbedungen ist. Dieser Grundatz hat, nach der Begründung, nur eine größere räumliche Verstreitung der Prostituierten über die denselben früher seitens der Polizeibehörden bestimmten Stadtgegenden hinaus hervorgerufen, da sie in ihren gewohnten Stadtvierteln vielfach Wohnungen nicht mehr erhielten. Diese Verstreitung habe zur Folge gehabt, daß keine Stadtgegend vor dem anstößigen öffentlichen Auftreten der Zuhälterin gesichert ist, deren auffälligem Treiben zur Nachtzeit und in zahlreichen öffentlichen Lokalen nicht mit Erfolg entgegentreten werden kann, so lange sie in allen diesen Gegenden ihre Wohnungen und Absteigequartiere besitzen. Daburch werde auch die polizeiliche Beaufsichtigung erheblich verschwert. Ferner wird daraus auch die jetzige Verbreitung und Gefährlichkeit des Zuhälterthums hergeleitet, da die vereinzelt vorhandenen, mancherlei Angriffe und Beeinträchtigungen ausgeleiteten Dienen durch ein "natürliches Schutzbedürfnis" darauf hingewiesen werden, sich eine Stütze im Zuhälter zu suchen. Der neue § 180 soll bezüglich der öffenen Prostitution zunächst den Misstand hinsichtlich der Erlangung von Wohnungen beflecken und zugleich die Möglichkeit gewähren, an solchen Orten, in denen dies durch die lokalen Verhältnisse geboten erscheint, die Prostituierten durch polizeiliche Anordnungen auf bestimmte Stadttheile zu beschränken, sie auf diese Weise wirksam zu überwachen und das Zuhälterthum einzudämmen. Die Wiedereinführung der Bordelle oder wie man das genannt hat, die "Kaferrung" der Prostitution scheint also nicht beachtigt zu sein. Die Verstrafung der Zuhälter als solcher soll durch eine neue Bestimmung (§ 181a) ermöglicht werden, und zwar wird der Begriff "Zuhälter" juristisch dahin definiert: "eine männliche Person, welche von einer Weibsperson, die gewerbsmäßig Unzucht treibt, ganz oder theilweise den Lebensunterhalt bezieht oder welche einer solchen Weibsperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzügigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst föderlich ist." Als Strafe wird, wie bei der Kuppelei, Gefängnis nicht unter einem

Monat angedroht. Neben der Gefängnisstrafe kann auch auf Überweitung an die Landespolizeibörde gemäß § 362 des St.-G.-B. erkannt werden, „da erfahrungsmäßig die durch diese Überweitung bedingte Unterbringung in einem Arbeitshaus von den arbeitschneuen Individuen der hier in Betracht kommenden Art am meisten gefürchtet wird.“ Eine weitere Verschärfung des Strafgesetzbuchs ist in § 184 beantragt. Bisher ist nur der Verkauf, die Vertheilung oder sonstige Verbreitung und das öffentliche Ausstellen und Anklagen unzüglicher Schriften, Abbildungen oder Darstellungen mit Strafe bedroht. Strafrechtlich sagt die Begründung, kann also erst eingeschriften werden, wenn eine Verbreitung bereits erfolgt ist. Dieser Zeitpunkt ist nicht richtig bemessen; es muss ein Eingreifen schon in einem früheren Zeitpunkt ermöglicht werden, um die Verbreitung hindern zu können.“ Deshalb erklärt der Entwurf schon denjenigen für strafbar, der Produkte der bezeichneten Art zur Verbreitung herstellt oder zur Verbreitung im Besitz hat.“ Während bisher Ankündigungen und Anpreisungen unzüglicher Druckschriften u. s. w. nur insofern strafbar waren, als sie selbst ihrem Inhalte nach als unzüglich anzusehen waren, bedroht der Entwurf auch denjenigen mit Strafe, der die bezeichneten Gegenstände „anfertigt oder anpreist“ und zwar zum Zweck der Verbreitung also gewissermaßen „geschäftsmäßig“. Im übrigen soll auch schon das bloße Zeihalten die Strafbarkeit begründen. Strafbar soll ferner sein „wer durch Ankündigung von Druckschriften unzügliche Verbindungen einzuleiten sucht“, was sich nach dem Vorgang des österreichischen Strafgesetzbuchs gegen gewisse Anzeigen in öffentlichen Blättern, „welche neuerlich aufgekommen sind“ und Anstoß erregt haben, richten soll. Endlich soll auch strafbar sein, „wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Abbildungen oder Darstellungen aufstellt oder anschlägt, welche, ohne unzüglich zu sein, durch gröbliche Verleugnung des Scham- und Sittlichkeitssystems Aberglaub zu erregen geeignet sind.“ Die Ausstellung solcher Darstellungen in Kunstaustellungen zum Zweck der Besichtigung oder des Verkaufs soll aber damit nicht getroffen werden. Die Strafe des § 184 ist durch Erhöhung des Maximums von 300 auf 600 M. und die Androhung von Gefängnisstrafe an erster Stelle und die Möglichkeit der Verbindung beider Strafen gekürzt. Ist die Handlung gewerbsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter 3 Monaten und Geldstrafe bis 1500 Mark ein. Ein neuer § 16a soll also lauten: „Bei der Verurtheilung zu Buchthaus- oder Gefängnisstrafe kann, wenn die That von besonderer Röhigkeit oder Sittenlosigkeit des Thäters zeugt, auf Verjährung der Strafe bis auf die Dauer der ersten sechs Wochen erkannt werden. Die Verschärfung der Strafe besteht darin, daß der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält. Die Verschärfungen können einzeln oder vereinigt angeordnet werden und kommen an jedem dritten Tag in Wegfall. Auch kann auf eine mildere Vollstreckungsweise erkannt werden. Die Strafverschärfungen sind auszuführen, wenn und so lange der körperliche Zustand des Verurtheilten den Vollzug nicht zuläßt.“ Der Entwurf, heißt es in der Begründung, dürfte mit diesem Vorschlag einem im Volke lebhaft empfundenen Bedürfnis entgegenkommen und der Zustimmung weiter Kreise sicher sein, indem er es unternimmt, Freveln der bezeichneten Kategorien auch in der Art der Bestrafung die ganze Schwere ihrer Aufschwung gegen Ordnung und Sitte, sowie den kräftigen Willen des Geschiebbers zu zeigen, diese Aufschwung zu brechen. Es werden nach der vorgeschlagenen Begriffsbestimmung neben den Zuhältern und Kupplern beispielweise der Strafverschärfung verfallen: die zahlreichen Raufbolde, welche auf öffentlicher Straße rohe Schlägereien beginnen, harmlose Passanten beschimpfen, Frauen wörtlich oder thätlich angreifen, ferner die sogenannten „Messerhelden“, diejenigen, welche in der Offentlichkeit durch unzügige Reden oder Handlungen Aberglaub erregen, wie Andere mehr, auf deren That die Merkmale der besonderen Röhigkeit und Sittenlosigkeit auftreten. Charakteristischer Weise beweist sich die Begründung auf „ähnliche, nur etwas weitergehende Bestimmungen“ des Mittlerstrafgesetzes. Der Strafe des § 16a sollen außerdem die zur sogenannten qualifizierten Haft Verurtheilten, (§ 361 Nr. 3—8) Landsreicher, Bettler, Spieler, Trunkenbolde u. s. w. unterliegen. Profiteur sind bis zu zwei Jahren in einer Besserungs- oder Erziehungsanstalt unterzubringen. Die Ausführungen des kaiserlichen Erlasses bezüglich der Vertheidiger, „die dem Unrecht selbst durch frivole Mittel zum Siege verhelfen oder die Würde des Gerichtshofes verlezen“, haben zu geschiebberischen Vorwürfen nicht geführt. Es ist auch nicht angezeigt erschienen, die Offentlichkeit des Verfahrens noch schärfer zu begrenzen, als das schon durch das Gesetz vom 5. April 1888 geschehen ist. Man will sich damit begnügen, dem § 173 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgenden Zusatz zu geben: „Soweit die Offentlichkeit nicht ausgeschlossen wurde, kann, falls eine Gefährdung der Sittlichkeit zu befürchten ist, durch Beschluss die öffentliche Mittheilung aus den Verhandlungen oder aus einzelnen Theilen derselben untersagt werden.“ Wer die Schweigepflicht durch unbefugte Mittheilung verletzt, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

## Telegraphische Nachrichten.

**Hannover.** 1. März. Im Laufe des Tages versuchten einzelne Trupps Arbeitsloser die an der Arndtstraße bei den städtischen Kanalarbeiten beschäftigten polnischen Arbeiter zu stören. Hierbei wurden zwei Verhaftungen vorgenommen. Der Versuch einer größeren Menge, die Verhafteten zu befreien, wurde von der Polizei zurückgewiesen. Als am Nachmittage auf dem Klagesmarkt größere Zusammenrottungen stattfanden, mußte ein stärkeres Aufgebot an Polizei herangezogen werden, um dieselben zu zerstreuen.

**Wien.** 1. März. Bei der heutigen Vertheilung von Brot an bedürftige Arbeitslose erschienen nahezu 6000 Männer, in einem anderen Stadttheile gegen 6000 Weiber. Je 4000 erhielten Brot. Es kam hierbei zu geringen Ausschreitungen, wobei zwei Verhaftungen vorgenommen wurden.

Bon den für die bedürftigen Arbeitslosen eingeleiteten Geldsammelungen verspricht man sich ein bedeutendes Ergebnis.

**Petersburg.** 1. März. Ein heute veröffentlichtes Gesetz bestimmt, daß der Zoll für Materialien zu Baumwollfabrikaten bei der Ausfuhr der letzteren ins Ausland zurückgestattet wird.

Ein weiteres Gesetz betrifft die Bildung der Gesellschaft für die Kjasan-Ural-Eisenbahn, welche die Koslow-Saratow-Kreiseisenbahn in Pacht erhält und mehrere Zweigbahnen errichtet, sowie deren Betrieb übernehmen soll.

**Christiania.** 1. März. Im Storthing stand heute die Konsulsfrage zur Berathung. Der Staatsminister Steen erklärte, er bezweife nicht, daß diese Angelegenheit geregelt werden könne; ihre Regelung wäre aber zu teuer erkauf, wenn sich damit das Präjudiz verbinde, daß alles, was in irgend einer Weise Schweden betreffe, der Selbstbestimmung

Norwegens entzogen und der Entscheidung einer gemeinsamen Institution unterworfen werden sollte.

**Rom.** 1. März. Das Kardinalskollegium brachte dem Papste anlässlich seines Geburtstagsfestes und des Jahrestages seiner Krönung bereits heute seine Glückwünsche dar, weil das Geburtstagsfest in diesem Jahre auf den Aschermittwoch fällt.

**Rom.** 1. März. Auf die Glückwünsche der Kardinäle antwortete der Papst, er habe, gleichwie Innocenz III., alle Bemühungen auf die Unabhängigkeit der Kirche gerichtet und werde den betretenen Weg im Vertrauen auf die Kraft der Kirche weiter verfolgen und den Rest seines Lebens dieser schwierigen Mission widmen.

**Athen.** 1. März. An der heutigen Sitzung der Kammer nahmen nur Anhänger des Ministeriums Delhannis Theil. Die Kammer ertheilte demselben ein Vertrauensvotum.

**Athen.** 1. März. Der König hat dem Vernehmen nach das Kabinett Delhannis aufgefordert, seine Demission einzuzeichnen. Die Minister hätten, wie es heißt, erwidert, sie könnten nicht demissionieren, da sie in der Kammer die Mehrheit hätten, der König könnte sie aber ihrer Stellungen entheben. Trikupis habe den Antrag, ein Kabinett zu bilden, abgelehnt. Der König soll darauf Konstantinopulo und Kunduriotis zu sich berufen haben. Kunduriotis wäre, wie verlautet, geneigt, ein interimistisches Kabinett zu bilden, dessen Aufgabe nun zunächst die Ausschreibung von Neuwahlen wäre. Delhannis soll beabsichtigen, sich in Begleitung der ministeriellen Deputirten in die Kammer zu begeben und in derselben über die ganze Lage Erklärungen abzugeben.

**Athen.** 1. März. Trikupis hat die Bildung eines neuen Kabinetts abgelehnt. Es wird noch heute die Bildung eines neuen Kabinetts durch Konstantinopulo erwartet.

Das Goldagio ist heute um 5 Proz. gefallen.

**Belgrad.** 1. März. Der radikale Club hat, wie verlautet, außer der Kabinetsfrage auch die Deklaration Milans und die Einbringung einer Resolution berathen, nach welcher die Königin Natalie auf Verlangen Milans und auf Grund der Verzichtleistung Milans ebenfalls aller Rechte als Mitglied des Königshauses für immer verlustig erklärt und ihr der Besuch Serbiens für immer verboten werden soll. Die Verzichtleistung Milans und die Resolution sollen in der heutigen Sitzung der Skupschtinga zur Vorlage kommen.

**Philippopol.** 1. März. Die Beerdigung des bulgarischen Agenten Vulfovich erfolgte heute in Gegenwart des Prinzen Ferdinand, der Minister des Konsularkorps und zahlreicher Deputationen aus allen Theilen Bulgariens.

**Barcelona.** 2. März. Die Polizei entdeckte heute eine Verschwörung von Anarchisten, welche angeblich beabsichtigen, ein Konsulatsgebäude in die Luft zu sprengen. Die Rädelsführer der Anarchisten wurden verhaftet.

**Barcelona.** 2. März. Wegen der gestern entdeckten anarchistischen Verschwörung, welche bezweckte, ein Konsulatsgebäude in die Luft zu sprengen, sind im ganzen vier Personen verhaftet. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Schriftstücke.

**Athen.** 2. März. Das neue Ministerium ist konstituiert und hat den Eid abgelegt; es sieht sich wie folgt zusammen: Konstantinopoulos (Präsidium, Auswärtiges und Finanzen), Philaretos (Justiz und Inneres), Saichturi (Marine), Marstragas (Krieg), Papamichulopulos (Unterricht).

## Angelommene Fremde.

Posen, 2. März.

Hotel de Rome. — I. Westphal & Co. Die Kaufleute Benzé u. Jungmann a. Breslau, Engländer a. Nürnberg, Rätschen, Bessell u. Minarski a. Bremen, Harpfeld u. Schloß a. Aachen, Kretschmer, Herz, Knoblauch, Engel u. Sarstedt a. Berlin, Blaß u. Schulz a. Warschau, Westphal a. Düren, Röhner a. Bonn, Huber a. Wien, Kazenellenbogen a. Krotoschin, Hassenpflug aus Wermelskirchen, Zimmermann a. Mäd i. Ung. u. Krämer a. Mannheim, Fabrikbesitzer Siegel a. Bönn, Direktor Dr. Behrmann-Schwarzbach a. Hilehne, General-Bevollmächtigter Reichmuth a. Jankow, Gerichts-Ämter Schäfer a. Mejeritz, Kreisphysitis Dr. Matthies a. Dobritz.

Milius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Frau Baronin v. Langermann-Erlenkamp mit Tochter a. Lubin, Direktor Büchner a. Krimmischau, Fabrikant Haude a. Hannover, Ingenieur Schmidt a. Danzig, die Kaufleute Michels a. Köln, Blambeck a. Glauchau, Mösbacher a. Kassel, Lierau a. Halberstadt, Rühmbl a. Frankfurt a. M., Hünken a. Leipzig, Stark a. Kettwig, Roggler a. Ehingen, Lewin, Vilger, Leiserjohn, Ackermann u. Tschepke a. Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Beck a. Dresden u. Scholz mit Frau a. Breslau, Techniker Krüger a. Küttin, Sekretär Wabiger a. Neutomischel, Holz-Regimentser Wegener a. Liepe, Kaufmannsfrau Frankenberg mit Tochter a. Rabitzewo, Rentier Weinmann a. Berlin, Fabrikant Baumgart a. Halle a. S. u. Privatier Steiner a. Ratibor.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Zimmer- und Maurermeister Ulmer a. Thorn, Fabrikant Keitel a. Pegau, Postpraktikant Schmidt a. Stralsund, die Kaufleute Bornstein, Günther, Wolter, Hirschfeld u. Rothe a. Berlin, Tschierschky a. Breslau, Hohberg a. Gräben u. Rother a. Stettin.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Steuer-Supernumerar Kahl a. Podzamce, Molkereibesitzer Schwarz a. Dobritz, die Kaufleute Scholz a. Bunzlau, Seiffert a. Berlin, Mayer a. Frankfurt a. M., Korn a. Breslau und Stachowski aus Jarotschin.

Keillers Hotel zum Englischen Hof. Hotelbesitzer Wilcox mit Familie a. Walubin, Gutsbesitzer Bossak mit Frau a. Czempin, die Kaufleute Freudlich a. Br.-Friedland, Cohn a. Thorn, Fastraw a. Rogasen, Lewinski a. Breslau u. Lippmann mit Tochter aus Pinne.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Philippson und Heymann a. Berlin, Golz a. Dresden, Au, Fabrich und Zwicker a. Breslau.

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 1. März Morgens 2,68 Meter.  
= = 1. = Mittags 2,68 =  
= = 2. = Morgens 2,64 =

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

D a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	W i n d	W e t t e r	T e m p. f. Cel.
1. Nachm. 2	755,4	ND stark	bedeckt	- 1,6
1. Abends 9	756,2	ND frisch	bedeckt <sup>1)</sup>	- 4,8
2. Morgs. 7	757,8	ND stark	bedeckt <sup>2)</sup>	- 7,2
1) Vor- und Nachmittags leichter Schneefall. 2) Nachts und früh Schnee.				
Am 1. März	Wärme-Maximum +		0,4° Cel.	
Am 1.	Wärme-Minimum -		4,0° =	

## Produkten- und Börsenberichte.

### Bonds-Kurse.

**Hamburg.** 1. März. Stetisch fest.  
Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Bd.

Silber in Barren pr. Kilo 121,75 Br., 121,25 Bd.

**Breslau.** 1. März. Fest.

Neue Proz. Reichsdebt 84,60, 3 1/4 proz. L.-Bundbr. 96,95, Konso. Türken 18,90, Türk. Loose 77,25, 4proz. ung. Goldrente 92,60, Bresl. Distontobank 92,60, Breslauer Wechselbank 94,28, Kreditbank 170,15, Schles. Bankverein 109,00, Dommer-Smarckbütte 75,00, Flöther Machinenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,00, Oberschles. Eisenbahn 51,75, Oberschles. Vorland-Bement 94,75, Schles. Cement 130,00, Oppeln-Bement 100,15, Schles. Dampf. C. —, Krakatoa 118,00, Schles. Banknoten 191,00, Laurabütte 28,75, Verein. Delfab. 88,75, Österreich. Banknoten 172,80, Russ. Banknoten 201,90, Giesel-Cement 102,50.

**Frankfurt a. M.**, 1. März. (Schlußkurse). Fest.

Lond. Wechsel 20,412, 4proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 81,10, 4 1/4 proz. Papierrente 81,60, do. 4proz. Goldrente 95,50, 1860er Loose 123,90, 4proz. ungar. Goldrente 92,60, Italiener 89,30, 1880er Russen 92,60, 3. Orient. 64,00, unifiz. Egypter 95,80, tonv. Türken 18,90, 4proz. türk. Anat. 82,90, 5proz. port. Anat. 28,30, 5proz. serb. Rente 79,50, 5proz. amort. Rumänier 96,80, 6proz. Konso. Mexit. 79,30, Böhm. Westh. 299, Böhm. Nordbahn 157, Franzosen 247, Gotthardbahn 135,30, Lombarden 75,8, Lubet-Büchen 146,00, Nordwestbahn 180, Kreditkästen 264, Darmstädter 123,10, Mittelb. Kredit 96,40, Reichsb. 146,90, Dist. Kommandit 179,80, Dresdner Bank 133,40, Pariser Wechsel 80,933, Wiener Wechsel 172,40, serbische Tabaksrente 79,50, Böhm. Gußstahl 107,30, Dortmund. Union 51,40, Harpener Bergwerk 136,30, Hibernia 121,00, 4proz. Spanier 61,00, Mainzer 112,40.

**Nach-Schlüß der Börse:** Kreditkästen 262%, Dist.-Kommandit 179,40, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —.

**Wien.** 1. März. Nach schwacher Eröffnung, Schlüß bestätigt auf Berlin und Platzverkäufe in Staatsbahnaktien.

Österr. 4 1/8% Papier. 94,70, do. 5proz. 102,50, do. Silberrente 94,20, do. Goldrente 111,50, 4proz. ungar. Goldrente 107,75, 5proz. dr. Papier. 102,00, Länderbank 204,60, österr. Kreditkästen 308,12%, ungar. Kreditkästen 345,50, Wien Br. 112,00, Elbethalbahn 227,50, Galitz 212,00, Lemberg-Czernowitz 246,50, Lombarden 85,25, Nordwestbahn 209,00, Tabakzärtten 163,50, Napoleon 9,38%, Markt-57,95, Russ. Banknoten 1,16%, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe —.

**Paris.** 1. März. Börse nach festem Verlauf etwas schwächer auf Rückgang Italiener und Spanier; in Exterieurs-Lösung großer Hauptpositionen für Heimatland. Türkische Werttheite etwas milder, Russen fest, Banken unverändert. Rente fest auf steigenden Export.

3 proz. amortisierte Rente 97,45, 3 proz. Rente 96,32%, 4 1/4 proz. Anl. 105,12%, Italien. 5% Rente 88,87%, österr. Goldbr. 96, 4% ungar. Goldbr. 92,37%, 3. Orient-Anl. 65,12, 4proz. Russen 188,93,60, Egypter 481,87, tonv. Türken 19,22%, Türkloose 73,10, Lombarden 207,50, do. Prioritäten 304,00, Banque Ottomane 541,00, Panama 5 proz. Obligat. 22,00, Rio Tinto 427,50, Tab. Ottom. 357,00, Neue 3proz. Rente 95,45, 3proz. Portugiesen 281

Hamburg, 1. März. Budermarkt. (Schlussbericht.) Rüben.  
Rohzucker I. Produkt Bafis 88 v.Ct. Rendement neue Ullance, frei  
an Bord Hamburg p. März 14,20, p. Mai 14,55, p. August  
14,87%, p. Oktober 13,17%. Ruhig.

Brot, 1. März. Produktenmarkt. Weizen loko welchend, per  
Frühjahr 10,22 Gd., 10,24 Br., per Mai-Juni 10,14 Gd., 10,16 Br.,  
p. Herbst 9,21 Gd., 9,23 Br. Hafer p. Frühjahr 5,70 Gd., 5,72 Br.  
Reis-Mais p. Mai-Juni 5,30 Gd., 5,32 Br. Kohlraps p. Aug.-  
Sept. 13,20 Gd., 13,30 Br. — Wetter: Schön.

Kaffee, 1. März. (Telegr. der Hamb. Firma Betmann, Siegler  
u. Co.) Kaffee in Newyork schwach mit 10 Points Differenz.

Rio 18000 Sad, Santos 18000 Sad für 2 Tage.  
Kaffee, 1. März. (Telegr. der Hamb. Firma Betmann, Siegler  
u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 89,50, p. Mai  
87,00, p. Sept. 83,25. Behauptet.

Antwerpen, 29. Febr. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens  
n. Comp.) Wolle. La Plata - Zug, Type B., per April 4,15,  
Mai - , Juni 4,25, August - , Okt. 4,30. Käufer.

Antwerpen, 1. März. Heute Feiertag.

Amsterdam, 1. März. Baumwolle 53%.

Amsterdam, 1. März. Java-Kaffee good ordinare 54.

Amsterdam, 1. März. Getreidemarkt. Weizen p. März 233,

p. Mai 240. Roggen p. März 222, p. Mai 228.

Rotterdam, 1. März. Die heutige von der Niederländischen  
Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffeeauktion eröffnete für Nr. 1

56% - 56%, Nr. 2 55% - 56%, Nr. 3 55% - 56, Nr. 4 55% - 56,

Nr. 5 53%, Nr. 6 54%, Nr. 9 62%, Nr. 11 59%.

London, 1. März. 96 v.Ct. Tabakzuka loko 16% ruhig.

London, 1. März. Chitt.-Kupfer 44%, per 3 Monat 44%.

London, 1. März. An der Küste 1 Weizenladung ange-

boden. — Nahkalt.

Liverpool, 1. März. Getreidemarkt. Weizen 1, d. Mais

1, d. niedriger. Mehl ruhig. — Wetter: Trübe.

Liverpool, 1. März. Baumwolle. (Ansangsbereich.) Muth-  
maschlicher Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 7000  
Ballen.

Liverpool, 1. März. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle.  
Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.  
Amerikaner fest, 1/18 niedriger, Surats träge.

Middl. american. Lieferungen: März-April 31/18, Verkäufer-  
preis, April-Mai 34/18, Käuferpreis, Mai-Juni 32/18, do., Juni-Juli  
32/18, Verkäuferpreis, August-September 31/18, Werte, Sept.-Okt.  
33/18, do.

Liverpool, 1. März. Nachm. 1 Uhr 10 Min. Baumwolle.  
Umsatz 8000 B., davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen.  
Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April 32/18, April-Mai  
34/18, Mai-Juni 31/18, Juni-Juli 31/18, Juli-Aug. 33/18, August-  
Sept. 31/18, Sept.-Okt. 31/18, Okt.-Nov. 41/18, d. Alles Verkäufer-  
preise.

Glasgow, 1. März. Röhren. (Schluß.) Mixed numbers  
warrants 40 lb. 4 d. à 40 lb. 6 d.

Gull, 1. März. Getreidemarkt. Englischer Weizen flauer,  
fremder unverändert. — Wetter: Schnee.

Petersburg, 1. März. Produktenmarkt. Talg loko 57,00, per  
Aug. — . Weizen loko 14,50. Roggen loko 12,50. Hafer loko  
5,25. Hanf loko 46,00. Leinfauna loko 15,50. Wetter: Frost.

Newyork, 29. Febr. Visible Supply am Weizen 41 110 000  
Bushels, do. an Mais 10 387 000 Bushels.

Newyork, 1. März. Weizen-Beschaffungen der letzten Woche  
von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Groß-  
britannien 67 000, do. nach Frankreich 56 000, do. nach anderen  
Häfen des Kontinents 66 000, do. von Kalifornien und Oregon nach  
Großbritannien 34 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents  
— . Ruhig.

Newyork, 1. März. (Ansangskurse.) Petroleum Pipeline cer-  
tificates per April 59%. Weizen per Mai 102%.

Newyork, 29. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-  
York 71/2, do. in New-Orleans 6 1/2. Russ. Petroleum Standard  
white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia  
6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline  
Certificates p. März 57%. Ziemlich fest. Schmalz loko 6,77, do.  
Rohr u. Brotherr 7,10. Ruder (Fahr refuting Muscovados) 3. Mais  
(New) p. März 49, p. April 49%, p. Mai 49%. Rother Winter-  
weizen loko 106%. Kaffee loko Nr. 7, 15 nom. Mehl (Spring  
clears) 4 D. Getreidefracht 3%. Kunter 10,65. Rother Weizen  
p. März 103, p. April 103%, p. Mai 101%. Kaffee Nr. 7  
low ord. p. März 13,52, p. Mai 12,77.

Weizen eröffnete schwach, später vorübergehend bessere Stim-  
mung. Schlaf schwach. Abchwächung erfolgte durch Verläufe der  
Haustiers. Mais. Abschwächung erfolgte durch Zuflüsse der  
unterwegs befindlichen Anfuhren.

Chicago, 29. Febr. Weizen p. Febr. 88, p. Mai 89%.  
Mais p. März 41%. Spec short clear 6,25. Pork p. März 11,20.  
Weizen einige Zeit steigend nach Eröffnung, später Reaktion,  
Schluß träge. Mais schwach.

Berlin, 2. März. Wetter: Schneeluft.

Newyork, 1. März. Weizen per März 103%, C., per April  
103%, C.

## Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 1. März. Die heutige Börse eröffnete in weniger  
fester Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf  
spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vor-  
liegenden und eintreffenden Tendenzmeldungen lauteten nicht  
gerade ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung  
nicht dar.

Hier entwidete sich das Geschäft anfangs ruhig, gestaltete  
sich aber weiterhin lebhafter und infolge von Deckungskäufen machte  
sich dann allgemein eine Befestigung der Stimmung bemerklich.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide  
Anlagen bei theilweise lebhafterem Verkehr; Deutsche Reichs- und  
Breslauer kons. Anleihen fester und besonders prozentige wieder  
lebhafter.

Fremde, seiten eins tragende Papiere erwiesen sich gleichfalls  
fester; namentlich Russische Anleihen anziehend und ziemlich be-  
lebt, auch Italiener etwas besser. Russische Noten steigend und  
lebhaft gehandelt.

Der Bribatdiskon wurde mit 1% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien  
auf schwachem Beginn in starker Haltung mäßig lebhaft um;  
Franzosen und Lombarden fester, auch andere österreichische Bahnen  
theilweise etwas besser aber ruhig; Schweizerische Bahnen anfangs  
schwach, dann fester.

Italiändische Eisenbahntickets sehr ruhig und wenig verändert;  
ostpreußische Südbahn im Laufe des Verkehrs befestigt.

Bankaktien in den Kassawerthen ruhig; die spekulativen Devisen  
seitens schwächer ein, konnten aber weiterhin bei lebhafterem Ge-  
schäftsgange theilweise erheblich anziehen.

Industriepapiere fest aber zumeist ruhig; Montanwerthe anfangs  
schwach, später fester und lebhafter.

## Produkten-Börse.

Berlin, 1. März. Die ausländischen Märkte waren gestern  
durchweg schwach. Hier eröffnete der Getreidemarkt heute in  
ruhiger Haltung bei wenig veränderten Preisen. In Weizen  
waren Umsätze sehr mäßig, doch zogen die Preise eine Kleinigkeit  
an. Roggen setzte 1/4 M. besser ein, bald trat ein lebhafterer  
Begehr auf, welcher entsprechendem Angebot nicht begegnete, so daß  
die Preise 2 M. anzogen. Später war der Markt etwas schwächer  
und schwankend. Der Begehr nach effektiver Ware wirkte vor-  
übergehend befestigend auf den Markt ein. Hafer blieb bei sehr  
stillerem Verkehr behauptet. Roggenmehl bei geringem Geschäft  
etwas besser bezahlt. Rüböl matter, namentlich auf Sichten. In  
Spiritus war die Lokozfuhrt so klein, daß nach Räumung der-

selben die Spiritusfabriken als Käufer für effektive Ware am  
Markt blieben. Der Preis stellte sich um 20 Pf. höher, und zwar  
über den Frühjahrspreis. Der Terminhandel war ziemlich still,  
da Abgeber fehlten. Die Preise stellten sich ebenfalls etwas höher.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loko  
still. Termine in fester Haltung. Gefündigt — Ton. Kündigungs-  
preis — M. Loko 202—222 M. nach Qualität. Lieferungsqua-  
lität 205 M. p. diesen Monat — M. p. April-Mai 202,5—203,5  
bis 203,25 bez. p. Mai-Juni 204,5—205 bez. p. Juni-Juli 206,25  
bis 207—206,75 bez.

Rogggen per 1000 Kilo. Loko etwas fester. Termine höher.  
Gel. 350 T. Kündigungspreis 216 M. Loko 205—216 M. nach  
Qualität. Lieferungsqualität 213 M. inländ. guter 212—213,5  
ab Bahn bez. per diesen Monat — M. per April-Mai 215,75  
bis 217,5—216,5—217 bez. p. Mai-Juni 212,5—214,5—213,5—214  
bez. p. Juni-Juli 209—210,5—210 bez. p. Juli-August 192,25 bis  
193 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flan. Größe und kleine 145—195  
M. nach Qual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko Mittelware schwer verkauflich.  
Termine still. Gefündigt — T. Kündigungspreis — M. Loko  
153—177 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 M. Romm.,  
preuß. und schles. mittel bis guter 154—162, hochfeiner 173—174  
ab Bahn und frei Wagen bez. p. diesen Monat — M. p. April-  
Mai 154,5 M. p. Mai-Juni 155 M. p. Juni-Juli 155,5 bez.

Mais p. 1000 Kilogramm. Loko still. Termine wenig ver-  
ändert. Gefündigt — T. Kündigungspreis — M. Loko 134 bis  
144 M. nach Qual. per diesen Monat — M. per März-April — ,  
per April-Mai 118,75—119,25 bez. per Mai-Juni — bez. per  
Juni-Juli — bez. p. Juli-Aug. — .

Erdöl p. 1000 Kilo. Kochware 190—240 M. Futterware  
165—172 M. nach Qualität.

Roggengehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad.  
Termine höher. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — M.  
per diesen Monat 29,55—29,75 bez. per April-Mai 29,25—29,45  
bez. per Mai-Juni 28,95—29,15 bez. per Juni-Juli 28,65—28,85  
bez. per Juli-August — .

Rüböl p. 100 Kilo mit Fas. Wenig verändert. Gefündigt  
— Str. Kündigungspreis — M. Loko mit Fas. — M. loko ohne  
Fas. — M. per diesen Monat — M. per März-April — , per  
April-Mai 54,5—54,3 bez. per Mai-Juni — , per Juni-Juli — , per  
September-Oktober 54,5—54,4—54,5 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto inkl. Sad.  
Loko 33,00 M. — Feuchtgeg. do. Loko 18,60 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 33,00 M.

Petroleum. (Raffinates Standard white) p. 100 Kilo mit  
Fas. in Posten von 100 Str. Termine — . Gefündigt — Kilo.  
Kündigungspreis — M. Loko — M. p. diesen Monat — M.,  
per März-April — .

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Lit. à 100  
Broz. = 10 000 Broz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündi-  
gungspreis — , M. Loko ohne Fas. 65,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Lit. à 100  
Broz. = 10 000 Lit. Broz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündi-  
gungspreis — M. Loko ohne Fas. 46,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100  
Broz. = 10 000 Broz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündi-  
gungspreis — M. Loko mit Fas. — , p. diesen Monat — .

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Fester. Gef.  
10 000 Lit. Kündigungspreis 46 M. Loko — M. per diesen  
Monat 46 nominell, ver März-April — , ver April-Mai 46—46,2  
bez. per Mai-Juni 46,1—46,3 bez. per Juni-Juli 46,6—46,8 bez.,  
ver Juli-Aug. 47—47,2 bez. per Aug.-Sept. 47,1—47,3 bez., per  
Sept.-Oktober 44,8—44,9 bezahlt.

Weizengehl Nr. 0 29,5—27,5, Nr. 0 27,25—25,25 bez.

Roggengehl Nr. 0 u. 1 29,75—29,75 bez., Nr. 0 1%, M. höher als Nr. 0 und  
1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4 1/4 M. 1. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. Wösterr. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 1. März.	Brnsch. 20. T.	Ziehung	ohw. Hyp.-Pf. 4 1/2	102,75 bz G.	Warsch.-Ter. 5	97,70 bz	do. Gold-Pf. 5	102,60 B.	Fr. Hyp.-W. (rz 120)	4 1/2	Bauges. Murm. 6
Amsterdam..	3	8 T.	165,55 B.	135,50 B.	arb.Gld-Pfd.	5	87,60 bz	do. Wien.	61,50 bz G.	do. de. Vi. (rz 110)	127,25 bz G.
Dess. Präm.-A.	3/1/	139,50 G.	do. Präm.-A.	5	80,00 bz G.	do. Rente	5	10			